

Das mitteleuropäische Deutschland

ist kein Staat. Es ist ein Land ohne Grenzen,
das alle Menschen umfaßt, die wirksame
geistige Freiheit, echte Mitbestimmung der
Bürger im Staat und eine Wirtschaft im
Dienste des Menschen wollen.

Fichte: Was an Geistigkeit und Freiheit dieser Geistigkeit glaubt und die ewige Fortbildung dieser Geistigkeit durch Freiheit will, das, wo es auch geboren sei und welche Sprache es rede, ist unseres Geschlechts, es gehört uns an, es wird sich zu uns tun. — Schiller: Deutsche, zur Nation zu werden, Ihr sucht es vergebens. Bildet, Ihr könnt es, um so besser zu Menschen Euch aus. — Herder: Unter allen Stolzen halte ich den Nationalstolzen, sowie den Geburts- und Adelsstolzen, für den größten Narren.

DIE DIREKTE DEMOKRATIE = DIE VOLKSABSTIMMUNG ÜBER GRUNDRECHTE = DER STAAT DES VOLKES.

Was bedeutet direkte Demokratie?

Die direkte Demokratie wäre die Verwirklichung des Grundgesetzes der Bundesrepublik. Dort heißt es: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt." (Art. 20.2) Der Schwerpunkt dieses Artikels liegt darin, daß das Volk in Wahlen und Abstimmungen die Staatsgewalt ausübt.

Die Verwirklichung dieses Artikels der Verfassung verlangt, daß die Wähler selbst in Wahlen und Abstimmungen die Staatsgewalt ausüben. Das heißt: Die Volksabstimmung über die Grundrechte ist die Verwirklichung des Artikels 20,2 der Verfassung. Allein die Volksabstimmung ist direkte Demokratie. Nur wenn es direkte Demokratie gibt, geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Alle anderen Formen der politischen Entscheidung übergehen den Willen des Volkes. Sie schalten das Volk praktisch aus.

Es sei hier ausdrücklich hervorgehoben, daß die Parteien im Sinne der Verfassung der Bundesrepublik *nur eine Nebenrolle* zu spielen haben. Die Verfassung bestimmt: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." (Artikel 21,1) Heute haben die Parteien die absolute Gewalt über die Gesetzgebung. Darin liegt bereits eine Macht-Anmaßung. Der politisch bewußte Staatsbürger hat die Pflicht, die Demokratie zu verwirklichen. Er hat die Aufgabe, die ihm allein zustehende Staatsgewalt durch Wahlen und Abstimmungen auszuüben. Er hat die Macht-Anmaßung der Parteien zurückzuweisen. Das wird dann der Fall sein, wenn die Wahlberechtigten der Bundesrepublik in direkter demokratischer Abstimmung über die Grundrechte entscheiden.

Was sind Grundrechte?

Die Grundrechte, die für alle Einwohner der Bundesrepublik in gleicher Weise gültig sind, werden in der Verfassung der Bundesrepublik in den Artikeln - 19 aufgezählt. Sie sind unantastbar. Die Verfassung sagt: "In keinem Fall darf ein Grundrecht seinem Wesensgehalt nach angetastet werden." (Artikel 19,2) Durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze hat die Koalitionsregierung CDU/SPD Grundrechte in der schwersten Weise gebrochen. Das heißt: Alle Regierungsmitglieder und alle Bundestagsabgeordneten, die für die Notstandsgesetze gestimmt haben, müßten *sofort* unter Anklage gestellt werden. Das ist zur Zeit nicht möglich, weil die Masse der Bundesbürger das Grundgesetz nicht kennt und also auch nicht verteidigen kann. Das wird geschehen, wenn die Mehrheit der Staatsbürger politisch bewußt geworden sind. Auch Polizeiführer, Polizisten und Beamte aller Dienstgrade, die sich zur Zerstörung der Grundrechte mißbrauchen ließen, werden dann zur Verantwortung gezogen werden. Einen "Befehlsnotstand" wird es nicht geben, weil das Grundgesetz in den wesentlichen Punkten klare und eindeutige Aussagen macht.

Grundrechte im Einzelnen

Die vollständige Zahl der Grundrechte entnehmen Sie bitte dem GRUNDGESETZ. Es ist vom Wilhelm-Goldmann-Verlag München und anderen Verlagen gedruckt und kann in jeder Buchhandlung erworben werden. Wir nehmen hier einzelne besonders wichtige Grundrechte heraus, die nie verwirklicht worden sind und die *zerstört* wurden.

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt". (Art. 1,1)

Jeder, der auch nur einen Funken von Menschenwürde in sich hat, weiß, daß die Würde eines Menschen in der schwersten Weise mit Füßen getreten wird, wenn Minister oder Regierungsorgane politische Gegner in der übelsten Weise in den Schmutz ziehen. Das ist unzählige Male geschehen, ohne daß die Betroffenen zur Rechenschaft gezogen worden wären. Es ist besonders verwerflich - und verfassungsbrecherisch -, weil die Regierenden damit ein verheerendes Vorbild für viele gegeben haben. Sine demokratische - auf der Achtung des Andersdenkenden beruhende Gesinnung - wurde durch das Verhalten der Regierung und ihrer Presse im Keim erstickt. Es zeigt sich daran, daß unsere gegenwärtige Staats- und Regierungsform gar nicht in der Lage ist, die Würde des Menschen zu schützen.

Die Grundlagen der Menschenwürde

Es ist noch niemals klar und deutlich und für die Gesetzgebung bindend ausgesprochen worden, was eigentlich die Fundamente von Menschenwürde und Menschenrecht in unserer Zeit sind. Darüber müßte öffentlich diskutiert werden, und zwar für jeden hörbar und von *den* verschiedensten politischen und weltanschaulichen Gruppen, Die Verwirklichung der Presse- und Informationsfreiheit ist die erste Voraussetzung dafür, außerdem die Befreiung des Erziehungswesens von Einfluß des Staates und der ihn beherrschenden Wirtschaftsspitze. (Vergleiche unsere Aufsätze "Freie Schule", "Freie Universität", "Pressefreiheit"). Es zeigt sich hier der *enge* Zusammenhang von Freiheit und Demokratie. Nur durch vielfältige Aufklärung kann die Bevölkerung sich ein Urteil bilden, und nur dann kann sich der wirkliche Wille des Volkes in der Demokratie (Volksabstimmung) zum Ausdruck bringen. Aus diesen Gründen erklärt sich, warum die Bewegung der Außerparlamentarischen Opposition für Presse- und Informationsfreiheit eintritt.

Die hochtechnisierte Wirtschaft stellt heute weit mehr her als die Menschen verbrauchen können. Wir leben im Zeitalter der Verschleißwirtschaft. Das heißt: Es werden Waren hergestellt, die schnell verschleißten, damit die Wirtschaft neue Produktionsserien absetzen kann. Die Wirtschaft arbeitet nicht für den Bedarf des Menschen, sondern für die fortdauernde Steigerung der Gewinne der Großunternehmer. Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung, ausreichende Kranken- und Altersversorgung für *jeden* Menschen, auch für Minderbemittelte, ist *heute* jederzeit möglich. Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung, ausreichende Kranken- und Altersversorgung sind die Fundamente von Menschenrecht und Menschenwürde. Unsere gegenwärtige Staats- und Regierungsform kann diese Rechte *nicht* verwirklichen, weil Staat und Regierung von denen abhängig sind, die ihre Macht und ihren Gewinn steigern wollen. Sie - nicht das Volk- entscheiden über die Gesetze. Darin liegt die Ursache, daß die Grundrechte der Menschen bewußt *nicht* erfüllt werden.

Die Verwirklichung von Menschenrecht und Menschenwürde

Allein die Mehrheit wird Gesetze durchsetzen, die dem Interesse der Mehrheit dienen. In einem freien Presse- und Informationswesen wird darüber aufgeklärt werden können, daß die Gewinne der Großindustrie ungeheuerlich und völlig ungerechtfertigt sind. Es wird klargemacht werden, daß durch diese Gewinne eine märchenhafte Kapital-Anhäufung bei Wenigen entsteht. Es wird gezeigt werden können, daß durch dieses Kapital schrankenlose Macht über alle Einrichtungen des öffentlichen Lebens ausgeübt wird. Es wird genau bewiesen werden, daß das Menschenrecht auf Nahrung, Kleidung und Wohnung *sofort* erfüllt werden kann, wenn diese Gelder sinnvoll, das heißt zur Erfüllung der Rechte des Menschen eingesetzt werden.

Die Mehrheit wird sich auf der Grundlage dieser Aufklärung in direkter demokratischer Abstimmung für ein Gesetz entscheiden, das die Erfüllung der Grundrechte auf Nahrung, Kleidung und Wohnung für jedermann garantiert. - Die Menschen ahnen und fühlen bereits heute, was sie morgen wissen werden: Es ist eine grobe Dummheit und Fahrlässigkeit, einer kleinen Gruppe von Menschen die Macht zu übertragen. Eine solche Gruppe wird immer - gleichgültig ob sie sich "sozialistisch" oder "christlich" nennt - die ihr fahrlässig übertragene Macht dazu benutzen, ihre persönliche Macht und ihren persönlichen Reichtum durch Gesetze zu vergrößern. Auch "Kommunisten" und "Sozialisten" bilden keine Ausnahme. Hat eine kleine Gruppe von ihnen die Macht, dann stöhnt die Mehrheit unter der Knute ihres Starrsinns und ihrer Verbohrtheit genauso wie unter der Macht der Kapitalisten.

Allein das ganze Volk (alle Wahlberechtigten) darf das Recht haben, über die Gesetze in direkter Abstimmung zu entscheiden, die die Grundrechte des Menschen *erfüllen*. Allein die Mehrheit wird für die Rechte der Mehrheit eintreten, wenn sie durch eine freie, vielfältige Presse und durch ein freies, vielfältiges Informationswesen aufgeklärt worden ist. Nur dann geht die Staatsgewalt wirklich vom Volke aus. Das ist das Prinzip - die allein gültige Grundlage - der Demokratie: Vielseitige Information und Aufklärung durch eine von der Staats- und Wirtschaftsmacht befreite Presse, durch ein von Staats- und Wirtschaftsmacht befreites Informationswesen (Funk, Fernsehen etc.) und auf dieser Grundlage die demokratische *Aktion*. Das heißt: Die direkte demokratische Abstimmung aller Wähler über *Gesetze*, die die Grundrechte *erfüllen*.

Demokratie als Form der Selbstbestimmung des Menschen

Echte Demokratie ist eine Gesellschaftsform, die genau festlegt, *wie* die Gesetze entstehen sollen, die für alle gültig sind. Sie sagt nicht, welche Gesetze entstehen sollen. In einer echten Demokratie werden die für alle gültigen Grund-Gesetze durch die die Abstimmung aller Wahlberechtigten entstehen. Nicht eine Gruppe wird herrschen, sondern die Gesamtheit des Volkes wird durch demokratische Selbstbestimmung über die für alle gültigen Grundgesetze entscheiden.

Das Modell der direkten Demokratie in unmittelbarer Verbindung mit vielfältiger und damit freier Aufklärung ist für alle Grundrechte anwendbar. Es enthält in sich die Möglichkeit laufender Fortentwicklung: Neue Grundrechte können in einem von Staats- und Wirtschaftsmacht "befreiten Presse und Informationswesen vorgetragen und zur Diskussion gestellt werden. Entsprechen solche Vorschläge der Erfahrung und dem Bewußtsein einer größeren Gruppe, dann können sie einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorgelegt werden. Die fortschreitende Wandlung der Gesellschaft im Zuge von Erfahrung und erweiterter Einsicht wird auf diese Weise erreicht.

Die Erfüllung der Grundrechte auf Nahrung, Kleidung und Wohnung - auch für Minderbemittelte? für Kinder, Schüler, Studierende und Alte, wäre die erste Tat eines humanen Sozialismus durch das Mittel der direkten Demokratie. Die Erfüllung anderer Grundrechte würde folgen, nachdem über die Lage und die ungeheuren materiellen Möglichkeiten hochtechnisierter Gesellschaften aufgeklärt worden ist. Nachfolgend soll das Modell noch an einigen Beispielen, die wir der Verfassung der Bundesrepublik entnehmen, erläutert werden.

Beispiele der Selbstbestimmung durch Demokratie

Artikel 2 des Grundgesetzes, Absatz 1: "Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das Sittengesetz verstößt."

Artikel 2 des Grundgesetzes, Absatz 2: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden."

Solange Wirtschaftsmächte in Verbindung mit der von ihnen abhängigen Staatsmacht Presse und Informationswesen beherrschen, kann *niemals* in großem Umfang die Frage gestellt, diskutiert und zum Bewußtsein gebracht werden: Welche Einrichtungen sind nötig, damit das Grundrecht *erfüllt* wird, daß da heißt: "Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit« "

Frage: Kann die Persönlichkeit eines Menschen sich entfalten, wenn Millionen Kinder in Zwergschulen unterrichtet werden, wenn Klassen mit 60 Kindern in ganzen Landstrichen die Regel sind, wenn die Presse und das Informationswesen von Wirtschafts- und Staatsmächten beherrscht (manipuliert) sind, wenn Hunderttausende von Kindern und Erwachsenen in menschenunwürdigen Wohnungen leben müssen, wenn nicht einmal Nahrung und Kleidung in ausreichendem Maße für alle gesichert sind ?

Antwort: *Nein* ! Feststellung: Das Grundrecht ist eine hohle Phrase. Es ist *nicht* erfüllt. Die Regierungen brechen fortlaufend die Verfassung, weil sie das Grundrecht nicht erfüllen Unser gegenwärtiges Staats- und Regierungssystem ist überhaupt nicht in der Lage - die Regierenden haben auch gar nicht die Absicht -, dieses Grundrecht zu verwirklichen. Das Gleiche gilt für die anderen aufgeführten Grundrechte z.B. für das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und die Freiheit der Person.

Grundrechte sind unantastbar!

Es soll hier noch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Verfassung der Bundesrepublik die Pflicht zur Erfüllung der Grundrechte dem Gesetzgeber, der vollziehenden Gewalt und der Rechtssprechung zur Auflage macht. Im Artikel 1 Abs. 3 heißt es: "Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtssprechung als unmittelbar geltendes Recht". Das heißt: Alle gesetzgebenden und ausführenden Institutionen der Bundesrepublik sind verpflichtet diese Grundrechte zu erfüllen. Nur dem politischen Schwachsinn gebildeter und ungebildeter Bundesbürger und der daraus erfolgenden politischen Tatenlosigkeit ist es zuzuschreiben, daß sich in unserem Land 20 Jahre lang Regierungen halten können, die die Verfassung brechen,

Verwirklichung der Artikel 1 und 2 der Verfassung durch direkte Demokratie in unmittelbarer Verbindung mit vielseitiger, freier Information und Aufklärung.

Nur in einem von Wirtschafts- und Staatsmacht befreiten Presse- und Informationswesen kann darüber aufgeklärt werden, daß die Persönlichkeit des Menschen sich *nur* entfalten kann, wenn jeder eine umfassende Ausbildung (allgemeines Schulrecht bis zum 18. Lebensjahr) erhält. Es kann darüber informiert werden, daß in einer hochtechnisierten Gesellschaft *alle* Mittel für diese Ausbildung ohne weiteres zur Verfügung gestellt werden können.

Die Entscheidung über die dafür notwendigen Gesetze - zur Erfüllung des Grundrechtes - wird in direkter demokratischer Abstimmung durch das Volk gefällt. Damit wird die Verfassung verwirklicht: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" (Artikel 20.2»)

Das Gleiche gilt für das Grundrecht: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit." Heute ist dieses Grundrecht eine Phrase, es ist *nicht* erfüllt.

In einem freien Presse- und Informationswesen kann darüber aufgeklärt werden, daß das Leben und die körperliche Unversehrtheit des Menschen heute in der schwersten Weise gefährdet ist: 1. Durch den Bau von Atomreaktoren in dichtbesiedelten Gegenden (radioaktive Verseuchung) 2. Durch das brutale Vorgehen mächtiger Industriegruppen, die Luft und Wasser verseuchen. (Die von diesen Gruppen abhängigen Parteien wagen nicht, der Industrie die Auflage zu machen, ihre Produktionsabfälle zu entgiften) 3° Durch verfassungswidrige Gesetze, die Millionen alter und kranker Menschen in eine elende Lage stoßen, indem sie ihnen die notwendige Hilfe für Lebensunterhalt und im Krankheitsfall versagen»

Über die Gesetze zur Erfüllung dieser Grundrechte wird das Volk in direkter Abstimmung entscheiden, nachdem eine vielseitige, freie Aufklärung vorangegangen ist.

Artikel 3 des Grundgesetzes: "Alle Menschen sind vor den Gesetz gleich« Männer und Frauen sind gleichberechtigt« Niemand darf *wegen* seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Auch hier gilt das Gleiche wie oben. Das Grundrecht ist *nicht* erfüllt» Die Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft lassen eine allgemeine und wirksame Information über die Tatsache des fortlaufenden Bruches des Artikel 3 der Verfassung nicht zu»

Herrschende und Regierende brechen fortlaufend die Verfassung

Die Menschen sind vor dem Gesetz *nicht* gleich. Wer mehr Geld und mehr Macht hat, gewinnt Prozesse, obwohl er eindeutig im Unrecht ist. Männer und Frauen sind *nicht* gleichberechtigt, nicht einmal in Lohn und Gehalt, geschweige denn auf anderen Gebieten: Es gibt keine Rechts- und Finanzhilfe für Frauen, die neben dem Beruf noch die Familie zu versorgen und die Kinder zu erziehen haben, und die ihr Geld nicht für sich, sondern für die Ausbildung der Kinder einsetzen. Sehr viele Menschen werden wegen ihres Glaubens bevorzugt, andere *wegen* ihres "Unglaubens" benachteiligt. Die Diffamierung von Menschen mit einer politischen Anschauung, die der Regierung und den herrschenden Kreisen nicht genehm ist, erinnert an die Zeit der Judenverfolgung. Alle diese Zustände beinhalten Verfassungsbrüche. Die Regierenden haben wegen ihrer Abhängigkeit von den Herrschenden weder die Möglichkeit noch die Absicht, diese Grundrechte zu verwirklichen.

Zerstörung des Artikels 5 der Verfassung

Artikel 5 der Verfassung: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Einem durchschnittlich intelligenten Volksschüler der Abschlußklasse ist es ohne weiteres klar, daß die Presse *nicht* frei ist, wenn 40, 60 und 80 Prozent der Presse *einem* Verleger gehören. Tausenden von Akademikern leuchtet das scheinbar nicht ein. Für sie mußte erst eine Regierungskommission (im Juni 1968) feststellen, daß eine die Pressefreiheit gefährdende Lenkung der Meinung bereits vorhanden ist, wenn ein Verleger 20 Prozent der Presse besitzt, und daß bei 40 Prozent die absolute Unfreiheit gegeben ist.

Die Presse ist *nicht* frei, weil sie von einigen Wenigen beherrscht wird. Der Rundfunk ist *nicht* frei, weil die Intendanten Beauftragte der Regierungsparteien sind. Der Film ist *nicht* frei, weil er von Staatskrediten abhängig ist und von einer staatlichen Institution zensiert wird.

Der Artikel 5 ist in seinem wichtigen politischen Gehalt vollkommen vernichtet. *Wenn* das nicht so wäre, dann hätten wir bereits die wichtigsten Menschenrechte verwirklicht, denn dann würden die Menschen durch eine freie Presse, durch ein freies Nachrichtenwesen die Wahrheit längst erfahren haben.

Die Gewalt über die Massenmedien ist das Zentrum der Herrschaft

Durch die Gewalt über Presse und Informationswesen sichern sich die Herrschenden die Macht über die Gehirne der Menschen. Hier liegt das Zentrum ihrer Macht. Das ist der Grund, weshalb sich der politische Kampf der Außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik vor allem *gegen* die Pressekonzentration und *gegen* die Beherrschung der Massenmedien durch die Parteien richtet. Das gegenwärtige Staats- und Regierungssystem bietet gar nicht die Möglichkeit, Presse- und Informationsfreiheit einzuführen. Es wird kein Denker so dumm sein, von den Herrschenden zu erwarten, daß sie das Zentrum ihrer Herrschaft, die Macht über das Presse- und Informationswesen, aufgeben.

Erst durch die direkte Demokratie, das heißt, wenn wirklich die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, ist die Macht der Herrschenden über die Gehirne zu beseitigen. Die Beseitigung der Pressemonopole und die Beseitigung der Parteienherrschaft über das Informationswesen ist die Voraussetzung dafür, daß vielseitige Information und Aufklärung stattfinden kann.

Unmittelbare Beziehung zwischen Freiheit und Demokratie

Hier ist der Punkt, wo die Demokratie die Freiheit bewirkt, und wo die Freiheit die Demokratie erhält und schützt. Die Freiheit der Presse und des Informationswesens und die intakte Demokratie hängen unmittelbar voneinander ab. Ist die Presse in der Gewalt der durch Kapital Mächtigen, dann kann *keine* Zeitung über die wirklichen Schäden und Schädlinge der Gesellschaft informieren, dann kann sich auch kein Bürger ein Urteil darüber bilden, *wo* die wirklichen Schäden der Gesellschaft liegen, dann kann er schon gar nicht wissen, was dagegen zu tun ist. Erst wenn es Presse- und Informationsfreiheit gibt, ist es den Zeitungen möglich, die Wahrheit aufzuzeigen. Erst dann ist es auch möglich, Maßnahmen und Gesetze zur Diskussion zu stellen, die diese Schäden beseitigen können.

Die Verwirklichung der Presse- und Informationsfreiheit durch direkte demokratische Abstimmung.

Die Außerparlamentarische Opposition zeigt in den verschiedensten Veröffentlichungen und Aktionen, wie der Mensch durch die von den Herrschenden abhängige Presse falsch informiert, auf ganz unwesentliche Fragen abgelenkt und bewußt gegen diejenigen aufgehetzt wird, die die Grundrechte erkämpfen und den Frieden in der Welt erhalten wollen. Dieser Kampf muß ununterbrochen fortgeführt werden bis zu dem Punkt, wo eine große Zahl erkennt: Die Bevölkerung muß ihr Recht auf freie und vielseitige Information selbst schützen. Sie kann es *niemals*, wenn sie die Macht denen überläßt, die durch Pressemanipulation herrschen. Sie kann es nur wenn sie selbst über *Gesetze* entscheidet, die die Pressefreiheit verwirklichen. (Vergl. unseren Aufsatz über die Pressefreiheit) .

Die Neuordnung des Staates

Das hier aufgezeigte Demokratie-Modell ist für alle Grundrechte - für theoretisch vorhandene und zukünftige - anwendbar. Es beruht auf der Freiheit (Vielfalt) von Presse und Information. Der Staat wird auf diese Weise nicht absterben, aber er wird eine völlig neue Funktion erhalten. Staatsgewalt wird es noch lange geben müssen, aber die Staatsgewalt, wird nicht von der Wirtschaftsspitze und der von ihr abhängigen Regierungsclique ausgehen, sondern unmittelbar vom Volk, und zwar durch die direkte demokratische Abstimmung aller Wahlberechtigten.

Der gegenwärtige Staat wird allerdings absterben. Das heißt: Es werden nicht mehr kleine Cliques von Großkapitalisten oder kleine Cliques von Groß-Funktionären dem Volk ihre Gesetze und *ihre* Macht aufzwingen. Das Volk wird nach vorangehender freier und vielseitiger Aufklärung selbst über seine Grundrechte entscheiden. Was gegenwärtig "Staat" genannt wird, wird zu einem unmittelbar von der Volksentscheidung abhängigen Verwaltungsorgan werden. Die Gewalt im Staat wird vom Volk - durch direkte demokratische Abstimmung - ausgeübt werden. Die Ausführung der vom Volk beschlossenen Grundrechte wird Aufgabe der Verwaltungsorgane sein.

Über die Verteilung des Volksvermögens entscheiden heute die von Interessengruppen beherrschten Ausschüsse des Bundestages. Die Abgeordneten haben nur die Rolle der Handhochheber, Im demokratischen

Staat wird das Volk durch die direkte Volksabstimmung über die Verteilung des Volksvermögens entscheiden. Da wird die Frage "Eine Milliarde des Volksvermögens für Rüstung oder eine Milliarde für Bildung" in der freien Presse und im freien Informationswesen öffentlich diskutiert werden. Befürworter beider Vorschläge werden zu Wort kommen. Die Bevölkerung wird sich ein Urteil bilden können. Danach wird die Entscheidung durch direkte demokratische Volksabstimmung gefällt werden. Die Verwaltungsorgane werden lediglich auszuführen haben, was durch die Volksabstimmung beschlossen wurde.

Übergangsformen zum demokratischen Rechtsstaat

Die Übergangsformen zum hier aufgezeigten Demokratie-Modell werden *nicht* darin bestehen, daß etwa "sozialistische" Funktionäre "in der ersten Phase" diktatorische Macht ausüben, "bis die Gesellschaft sozialistisch geworden ist". Diese alt-marxistische These ist mit aller Schärfe abzulehnen. Terror und Verfolgung sind *nicht* die Mittel eines humanen Sozialismus. Der durch eine freie und vielseitige Presse aufgeklärte und politisch bewußt gewordene Mensch hat genug Verstand und gesunden Egoismus. Er wird sich, wenn er vielseitig informiert werden kann, gegen Ausbeutung und Machtmißbrauch herrschender Gruppen durch das Instrument *seiner* Demokratie zu wehren wissen. Die Völker der Oststaaten haben für uns unfreiwillig gelitten. Sie mußten durch eine jahrzehntelange Nacht von Blut und Terror. *Jetzt* sind sie am Tor der Freiheit unter Aufrechterhaltung des Sozialismus. Sie *wissen*, weil sie es erfahren haben: Es gibt keinen humanen Sozialismus *ohne* Freiheit. Wir brauchen ihren Weg nicht nachzuvollziehen. Wir haben die Chance, aus ihrer bitteren Erfahrung zu lernen.

Von den Ostvölkern lernen!

Wir können dort beginnen, wo die Ostvölker *jetzt* stehen: Mit der Freiheit, ganz konkret gesagt: Mit der Befreiung des Presse- und Informationswesens von der Macht der Wirtschaftsspitze und der von ihr abhängigen Staatsparteien. Unser Weg geht von der Freiheit zum Sozialismus, zur freien und sozialistischen Gesellschaft. Es ist nur die Konsequenz dieses Weges, daß sich die Angriffsspitze der Außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik gegen die Macht-Konzentration im Presse und Informationswesen richtet.

Vom Gruppen-Staat der Reichen zum demokratischen Volksstaat

Die aus unserem Demokratie-Modell hervorgehenden Übergangsformen zum echten demokratischen Rechtsstaat sind in jeder einzelnen Phase Abbau des gegenwärtig herrschenden undemokratischen Staats- und Regierungssystems und zugleich seine Neuordnung durch den direkten demokratischen Volksstaat. Das heißt: *Jede* Volksabstimmung über ein Grundrecht nach vorangegangener freier, vielfältiger Information und Aufklärung bricht ein Stück aus der gegenwärtig herrschenden anti-sozialen und anti-demokratischen Staats- und Regierungsmacht heraus und füllt die Lücke durch ein Gesetz, das aus der direkten demokratischen Abstimmung des Volkes hervorgeht.

Die für die Erfüllung der Menschenrechte notwendigen finanziellen Mittel für Nahrung, Kleidung, Wohnung, ausreichende Erziehungs- und Ausbildungsbeträge, Ausbau der Bildung, Alters- und Krankenversorgung sind im Überfluß vorhanden. Diese Mittel werden durch anti-soziale und undemokratische Gesetze verschleudert, der Gesellschaft entzogen und der Verfügungsgewalt Weniger zugeführt. Das Grundrecht auf Eigentum an Produktionsmitteln wird völlig neu geordnet werden müssen, wenn *alle* an den Leistungsergebnissen der von allen erarbeiteten und erhaltenen wirtschaftlichen Werte spürbaren Anteil haben sollen.

Ist das Presse- und Informationswesen von der Macht der Wirtschaftsspitze und der mit ihr verflochtenen Staatsmacht befreit, dann wird darüber informiert werden können, in welchem märchenhaftem Ausmaß die Bevölkerung der Bundesrepublik um den Anteil an den Ergebnissen gemeinsamer Leistung nach 1948 betrogen worden ist. Die Folge einer solchen Information und Aufklärung wird die Abschaffung des Eigentums an Produktionsmitteln durch direkte demokratische Volksabstimmung sein. Unantastbar wird das aus persönlicher Leistung hervorgehende Eigentum bleiben. (Vergleiche unseren Aufsatz über die Neuordnung des Eigentums an Produktionsmitteln.)

Unser Demokratie-Modell ist die Antwort auf die Tatsache, daß die Staatsform der repräsentativen Demokratie überhaupt nicht in der Lage ist, die Grundrechte zu erfüllen.

Quelle: Das mitteleuropäische Deutschland, Zeitkommentare für Jedermann, No. 244, 1. Juli 1968